

Kursbuch 222

gewaltig autoritär

Reinhard K. Sprenger **Tertium datur** • *Jan Schwochow* **VIZUAL** • *Karsten Fischer* **Das politische Pendel** • *Katharine Birbalsingh* **Strenge Liebe** • *Olaf Unverzart* **SCHAUPLATZ** • *Armin Nassehi* **Die unbedingte Rede und die assertorische Vernunft** • *Julia Reuschenbach* **Autoritärer Versuchung widerstehen** • *Hilge Landweer* **Mannosphäre** • *Berit Glanz* **Islandtief** • *Peter Felixberger* **LEGO** • *Intermezzi von Nils C. Kumkar, Dietmar Dath, Susanne Breit-Keßler, Irmhild Saake, Nils Goldschmidt* **Wen betrachte ich, wenn überhaupt, als Autorität?**

Juni 2025 € 16,-

Das politische Pendel

Die ewige Konkurrenz zwischen freiheitlicher und autoritärer Herrschaft

Eine Generation nach dem Sieg der liberalen Demokratien gegen die sozialistischen Diktaturen ist die Systemkonkurrenz zwischen freiheitlicher und autoritärer Herrschaft zurückgekehrt, und wenn man bedenkt, dass sie die Menschheitsgeschichte bereits seit rund zweieinhalbtausend Jahren bestimmt, kann das nicht überraschen. Wenn man verstehen möchte, wie und warum das politische Pendel stets zwischen beiden Polen politischer Ordnung hin- und herschwingt, bietet sich an, einen Blick auf die Geschichte dieser Systemkonkurrenz zu werfen.

Eine kurze Geschichte der Systemkonkurrenz

Alle frühen Hochkulturen, vom kaiserlichen China der Shang-, Zhou-, Qin- und Han-Dynastie über die Indus-Kultur und Mesopotamien bis zum alten Ägypten, waren von autoritärer Herrschaft bestimmt, so dass es keinerlei Mitbestimmung über Wohlstandsverteilung und Vergabe politischer Machtpositionen gegeben hat. Auch im alten Israel blieb die politische Ordnung der menschlichen Verfügbarkeit durch die Unterordnung unter das göttliche Gesetz entzogen. Erst im antiken Griechenland ist das Politische seit dem sechsten vorchristlichen Jahrhundert allmählich als den Entscheidungen selbstbestimmter Bürger unterworfenen Angelegenheit verstanden worden. Indem Herrschaft als der Freiheit dienliche Selbstgesetzgebung gedacht wurde, die nicht von Personen abhängig sein, sondern von Institutionen wie dem Los und

der Wahl garantiert werden sollte, wurde die *Tyrannis* zur illegitimen Konkurrenz dieser neuen politischen Norm der Demokratie.

Schon im antiken Griechenland war ein freiheitlich-demokratisches Grundverständnis ausgebildet, demzufolge wir deshalb mehrheitlich entscheiden, weil es keine vertrauenswürdigeren Kriterien, geschweige denn Autoritäten für kollektiv verbindliche Entscheidungen gibt und wir weder den von uns Gewählten noch unserer eigenen Wahl vertrauen. Stattdessen setzen wir auf die Fehlerfreundlichkeit turnusmäßig wiederholter Wahlen, dank derer die meisten Entscheidungen revidiert werden können. Das ist verbunden mit der Trennung von Amt und Person: In der Demokratie haben die Herrschenden ihre Ämter nur auf Zeit verliehen bekommen, um der Allgemeinheit zu dienen, während autoritäre Herrschaft auf die Person des Herrschers ausgerichtet ist und ihren Zweck von ihm diktiert bekommt.

Doch bereits in der Römischen Republik ist die *dictatura* als rechtmäßige Institution eingeführt worden, mit deren auf sechs Monate befristeter Übertragung andernfalls kaum durchsetzbare Entscheidungen ermöglicht werden sollten, von der Kriegsführung und Befriedung inneren Aufruhrs über Gesetzgebung und Gerichtsverfahren bis hin zur Ämtervergabe. Beispielhaft steht hierfür Lucius Quinctius Cincinnatus, der im fünften vorchristlichen Jahrhundert gleich zweimal die Römische Republik vor einer Kriegsniederlage beziehungsweise einem Umsturzversuch gerettet und seine Machtbefugnisse anschließend freiwillig wieder abgetreten hat, womit er nicht nur bis in die Gründungszeit der Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild gedient und der Stadt Cincinnati im Bundesstaat Ohio zu ihrem Namen verholfen, sondern auch die nachhaltig wirksame Illusion des gutwilligen Alleinherrschers begünstigt hat.

Hierzu hat auch beigetragen, dass die Römer besessen waren von dem Glauben an ihren unvermeidlichen moralischen Verfall und also mehr Furcht vor ihrer eigenen Dekadenz hatten als vor fremdem Machtmissbrauch. Hatte Cäsars entfristete Diktatur noch unmittelbar zu seiner Ermordung am 15. März 44 v. Chr. geführt, war sein testamen-

tarisch adoptierter Großneffe und Nachfolger Octavius geschickter und skrupelloser vorgegangen. Nach der planvollen Ermordung von über 2000 Mitgliedern der republikanischen Führungsschicht konnte er nämlich, wohl auch dank des kollektiv unbewussten Cincinnatus-Mythos, erfolgreich behaupten, nach der Beendigung des Bürgerkriegs jenes Machtmonopol freiwillig zurückzugeben, das ihm in Wahrheit gar nicht verliehen worden, sondern von ihm usurpiert worden war. Dafür am 16. Januar 27 v. Chr. mit dem Ehrennamen Augustus, also »der Erhabene«, ausgestattet, konnte der neue Alleinherrscher sicher sein, dass der von ihm auf mörderische Weise neu besetzte Senat seinen Vorstellungen entsprechend entscheiden würde. Diese unvergleichlich stabile Machtposition basierte darauf, eine autoritäre Herrschaft als Wiederherstellung der Republik dargestellt und also eine Veränderung durch deren Verschleierung bewirkt zu haben.

Im Mittelalter hat die autoritäre Herrschaft sogar für mehr als anderthalbtausend Jahre konkurrenzlos walten können, nachdem das frühe Christentum die weltliche Ordnung zum Ausdruck des göttlichen Willens erklärt hat. Als Grundlage dafür diente der Brief des Apostels Paulus an die Römer mit der Feststellung im ersten Vers des 13. Kapitels, jede Obrigkeit sei von Gott eingesetzt und tyrannische Herrschaft nur eine Strafe für die Sündhaftigkeit der Untertanen. Dass diese Auffassung bis heute für autoritäre Absichten attraktiv geblieben ist, zeigt die Bemerkung der jüngst zur Leiterin des »Glaubensbüros« im Weißen Haus ernannten amerikanischen Fernsehpredigerin Paula White aus dem Jahr 2017, Opposition gegen Präsident Trump sei Opposition gegen Gott.¹

Auch nachdem die Kirchenspaltung ganz Europa in erbitterte, lange und grausame Bürgerkriege gestürzt hatte, wurde die autoritäre Herrschaftspraxis zwischen dem Westfälischen Frieden von 1648 und der Französischen Revolution von 1789 in der zunehmend säkularisierten Form des absolutistischen Staates fortgesetzt. Wenn der französische König Ludwig XIV. als Inbegriff des absolutistischen Herrschers gesagt haben soll, der Staat bestehe in seiner Person (»l'état, c'est moi«), zeigt

sich darin einerseits eine Verbindung zur Tradition des mittelalterlichen Verständnisses und andererseits die Vorgeschichte des Führerkults im modernen Autoritarismus. Zudem ist bemerkenswert, dass der Absolutismus mit der österreichischen Kaiserin Maria Theresia und der russischen Zarin Katharina II. zwei weibliche Alleinherrscherinnen hervorgebracht hat, nachdem es bis dahin überhaupt nur zwei andere gegeben hatte, nämlich die ägyptische Pharaonin Cleopatra sowie die chinesische Kaiserin Wü Zétiān im siebten Jahrhundert, und mit der als Witwe des Kaisers von China Mitte des 19. Jahrhunderts an die Macht gekommenen Cíxǐ seither sogar nur eine weitere.

Genau ein Jahrhundert, nachdem die *Glorious Revolution* in Großbritannien die Systemkonkurrenz zwischen freiheitlicher und autokratischer Herrschaft wiederhergestellt hatte, ist sie durch die Französische Revolution endgültig neu angefacht worden. Denn nachdem ihr Streben nach Volkssouveränität instabil geblieben war und sich im Terror der Guillotine verloren hatte, konnte Napoleon Bonaparte die Macht ergreifen und sich nach römischem Vorbild, zunächst per Volksabstimmung, zum Konsul auf Lebenszeit ernennen und schließlich zum Kaiser krönen lassen – ein Staatsstreich, den sein Neffe Charles-Louis-Napoleon Bonaparte rund ein halbes Jahrhundert später nahezu identisch zu wiederholen vermochte, womit auch die Zweite Französische Republik der autoritären Herrschaft zum Opfer fiel.

Für das 20. Jahrhundert hat Samuel P. Huntington schließlich drei Wellen der Demokratisierung unterschieden, deren erste mit der Ausbreitung der totalitären Diktaturen zu Ende gegangen ist. Ihr folgte die zweite, in den 1960er-Jahren abnehmende Welle mit der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg und Mitte der 1970er-Jahre die dritte Welle der Demokratisierung, die in Portugal, Spanien und Ostasien begonnen und sich ab 1989 in Osteuropa, Asien und Lateinamerika ausgebreitet hat,² bevor sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts auch eine dritte Welle der *Autokratisierung* feststellen lässt, deren Dramatik darin liegt, dass sie zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg stärker ist als die Tendenz zur Demokratisierung.³

Umso wichtiger ist es, die verschiedenen Erscheinungsformen autoritärer Herrschaft voneinander und von freiheitlicher Herrschaft zu unterscheiden.

Charakteristika autoritärer Herrschaft

Wenn man auf besonders weitreichende und anspruchsvolle Kriterien verzichtet, lässt sich die demokratische Seite der Systemkonkurrenz recht eindeutig bestimmen, und zwar als »eine politische Ordnung, in der die Bürgerinnen und Bürger ihre Regierung mittels Wahlen bestimmen und die Möglichkeit haben, sich einer Regierung zu entledigen, die ihnen nicht gefällt«⁴. Nach aller bisherigen Erfahrung garantiert nur eine solch geregelte und durch Gewaltenteilung, also verteilte Machtkompetenzen gesicherte Ordnung, Menschenwürde und Freiheit als höchste Ziele menschlichen Zusammenlebens zu erreichen.⁵ Das setzt voraus, dass die Verlierer die Ergebnisse der Wahlen anerkennen, weil sie erkennen, dass auch diejenigen, die man selbst gewählt hat, Machtmissbrauch betreiben könnten. Folglich dient die Bewahrung der Demokratie mittel- und langfristig eher den eigenen Interessen als die Durchsetzung des eigenen Willens um den Preis der Demokratie. Das Vertrauen in die Institution der Demokratie muss demnach größer sein als das Vertrauen in Personen. Denn ginge es nur darum, »faktisch zu klären, wer die Macht hat und wer nicht, könnte man auch auf das Ergebnis eines Bürgerkriegs warten«⁶. Die Demokratie soll aber Blutvergießen erübrigen, und wie wenig selbstverständlich das ist, hat sich am 6. Januar 2021 in Washington, D.C. gezeigt, als der abgewählte Präsident Trump das Wahlergebnis nicht akzeptieren wollte, sondern einen gewaltsamen Putschversuch angeleitet hat.

Hierin zeigt sich der von Jan-Werner Müller herausgestellte Unterschied: In einer Demokratie weiß man nicht, wer eine Wahl gewinnen wird, aber man weiß, nach welchem Verfahren gewählt wird. In einer

Autokratie weiß man hingegen, wer die Wahl gewinnen wird, und hierzu bleibt das Wahlverfahren manipulierbar.⁷

Während Demokratie also nur geteilte, befristete und begrenzte Herrschaft zum Zweck von Freiheit und Menschenwürde ist, bedeutet autokratische Herrschaft die ungeteilte Macht, kollektiv verbindliche Entscheidungen unbefristet, unbegrenzt und unbestimmt zu treffen, sodass sie stets zum Selbstzweck verkommt.

Diese klaren Unterschiede zu verwischen, ist naheliegenderweise das Interesse aller, die möglichst unbemerkt eine autokratische Herrschaft etablieren möchten, von Augustus bis hin zu Donald Trump, und Unterstützung dafür finden sie bei ideologischen Leugnern jeglicher Differenzierung, wie dem späteren Nationalsozialisten Carl Schmitt, der schon zehn Jahre vor Hitlers Machtergreifung behauptet hat, Diktatur sei »ebenso wenig der entscheidende Gegensatz zur Demokratie wie Demokratie der zu Diktatur«⁸.

Solche Leugnungen und Einebnungen der Gegensätzlichkeit zwischen freiheitlicher und autoritärer Herrschaft aufzuklären, helfen auch die Befunde des Demokratieforschungsprojekts v-dem.net. In ihm werden vier Idealtypen unterschieden, und zwar liberale Demokratien, also auf menschliche Freiheitsrechte ausgerichtete Verfassungsstaaten, elektorale Demokratien als größtenteils freie Wahlen abhaltende, aber unzureichend freiheitlich und rechtsstaatlich ausgerichtete Systeme, elektorale Autokratien, in denen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit stark eingeschränkt sind und manipulierte Wahlen nur zur Legitimation der bestehenden Herrschaftsordnung dienen, sowie geschlossene Autokratien im Sinne sich nicht zur Wahl stellender und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ausschließender Unterdrückungsregime.

Diese Typologie hat den Vorteil, die zunehmende Hybridisierung politischer Regimetypen zu zeigen. So hat zwar die Zahl der Demokratien seit Ende des Zweiten Weltkriegs global zugenommen und die Zahl geschlossener Autokratien abgenommen, aber etwa seit 2010 hat sich auch die Zahl der liberalen Demokratien verringert, und die dritte Welle der Autokratisierung ist gekennzeichnet durch die Ausbreitung

jener Grauzone elektoraler Regime, hinsichtlich derer schwer feststellbar ist, ob es sich noch um elektorale Demokratien handelt oder schon um elektorale Autokratien. Beispiele hierfür sind Ungarn, die Türkei, Indien sowie – *horribile dictu* – Israel, und die Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung in den USA weisen in dieselbe Richtung, seit liberale Rechte angegriffen und konstitutionelle Normen wie die Begrenzung der Amtszeit eines Präsidenten auf zwei Wahlperioden infrage gestellt werden.

Nicht nur mit ihrer begrifflichen Vielfalt ist die autokratische Herrschaft schwer zu fassen und liegt ihre Gefährlichkeit gerade in ihrer Anpassungsfähigkeit, mit der sie wie ein Virus Demokratien befallen kann, um zunächst ihre Widerstandsfähigkeit mit populistischen Parolen zu schwächen, bevor sie in ihrer Substanz geschädigt und verändert werden.

Gleichwohl lassen sich vier Idealtypen autoritärer Herrschaft unterscheiden, wenn man auch auf ihre jeweiligen Schnittmengen achtet: Dynastien, Führerregime, Einparteienregime und Militärregime.

Zu den Dynastien, die die Nachfolge in der Herrschaft über familiäre Abstammung regeln und damit keine Wahlentscheidung zulassen, gehören vornehmlich Monarchien. Je nach der politischen Funktion der Monarchen, die sich, wie im Fall Großbritanniens, Spaniens, Japans, der Niederlande, Belgiens, Norwegens, Schwedens und Dänemarks, auf repräsentative Aufgaben reduzieren kann, sind demokratische Monarchien möglich, aber auch unterschiedlich repressive, autoritäre Regime, wie in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Brunei, Oman, Katar, Jordanien, Marokko und Thailand. Zumal die arabischen Fälle mehr oder weniger ausgeprägte Rentierstaaten sind, in denen direkte und steuerfreie Wohlstandsverteilung an die Bürger erfolgt, denen aber keine politische Autonomie zugestanden wird, weshalb Stephen Holmes und Cass Sunstein betont haben, dass politische Freiheit von Steuern abhängt.⁹ Zudem haben diese Regime sultanistische Züge, das heißt die Herrschaft ist auf klientelistische Gunsterweise gegründet und von unberechenbarer Willkür.¹⁰

Nordkorea wiederum ist die einzige kommunistische Erbdynastie, in der die Familienabstammung anstelle von Parteizugehörigkeit ausschlaggebend ist.

Führerregime stützen sich hingegen in der Regel auf eine Partei oder das Militär und sind dadurch gekennzeichnet, dass politische Entscheidungen und die Besetzung von Machtpositionen in der Hand einer Person monopolisiert sind, die als charismatischer Führer eine radikale Ideologie vertritt und diese mit hohem Propagandaaufwand zur Massenmobilisierung verbreitet, während Oppositionelle unterdrückt, verfolgt und ermordet werden. Mit solchen Maßnahmen gehören Führerregime zu den autoritären Systemen mit der längsten Dauer. Beispiele hierfür sind die Sowjetunion unter Lenin und Stalin, China unter Mao Tse-tung, das nationalsozialistische Deutschland, Italien unter Mussolini und Spanien unter Franco.¹¹ Führerregime haben sich aber auch im Entkolonialisierungsprozess in Afrika, Asien und Lateinamerika gebildet, beispielsweise in Somalia unter Barre von 1969–1991, in Uganda unter Amin von 1971–1979, in Zaire unter Mobutu von 1965–1997, auf den Philippinen unter Marcos von 1972–1986 und in Haiti unter Vater und Sohn Duvalier von 1957–1986. Denn die bürokratische Kolonialherrschaft hatte ausgebeutete, heterogene Gesellschaften ohne Traditionen und Strukturen hinterlassen, in denen das Machtvakuum mit klientelistischer Politik anstelle stabiler Institutionen gefüllt werden konnte.¹²

Einparteienregime haben zwar auch herausgehobene Führungspersonen, aber die politischen Entscheidungen, die Ämtervergabe und die Verbreitung der legitimierenden Herrschaftsideologie werden von der Partei kontrolliert. Beispiele hierfür sind die post-stalinistische Sowjetunion, das post-maoistische China, die DDR, Kenia von 1969–1991, Mexiko von 1929–2000 und Laos seit 1975.

Eine Schnittmenge zwischen Führerregimen und Einparteienregimen und den Extremfall autoritärer Herrschaft schlechthin bildet der Totalitarismus. Erfunden worden ist dieser Begriff von dem italienischen Antifaschisten Giovanni Amendola, der damit in einem Zeitungsar-

tikel aus dem Jahr 1923 Mussolinis absolute und unkontrollierte Herrschaft kritisch beschrieben hat.¹³ Der Begriff ist aber nicht nur bereits von Mussolini als positive Selbstbeschreibung usurpiert worden, sondern von Carl Schmitt in ebenso affirmativer Absicht schon in der Weimarer Republik aufgegriffen und schließlich auf den Nationalsozialismus bezogen worden.¹⁴ Im Jahr 1956 haben dann Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzeziński als wesentliche Merkmale totalitärer Systeme beschrieben, dass sie eine alle wichtigen Lebensbereiche umfassende, verbindliche und quasi-religiöse Ideologie ausbilden, auf der Basis des Machtmonopols einer Massenpartei eine starke Führungsfigur hervorbringen, ein physisches und psychisches Terrorsystem mit kompletter Kontrolle der Bevölkerung aufbauen, Waffen und Massenkommunikationsmittel monopolisieren und die Wirtschaft zu lenken versuchen.¹⁵ Die prägnanteste Charakterisierung totalitärer Herrschaft stammt aber von dem italienischen Schriftsteller Curzio Malaparte, der in seinem Roman *Die Haut* auf die Frage, was ein totalitärer Staat sei, erwidert, das sei »ein Staat, in dem alles, was nicht verboten ist, obligatorisch ist«.¹⁶ Diese Formel veranschaulicht, dass totalitäre Herrschaft nicht nur die Kontrolle über die Politik beansprucht, sondern auch die Kontrolle über das private Leben und das Bewusstsein jedes einzelnen Menschen. Sogar als Theoretiker des absolutistischen Staates hatte Thomas Hobbes im 37. Kapitel des *Leviathan* noch betont, die Gedanken seien frei,¹⁷ und immerhin das gilt in herkömmlichen autoritären Regimen, die sich mit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, also der Äußerung der freien Gedanken, begnügen. Hannah Arendt hat daher treffend festgestellt, während der Autoritarismus die Freiheit nur einschränke, schaffe der Totalitarismus sie ab.¹⁸ Demnach ist jede totalitäre Herrschaft eine autoritäre Herrschaft, aber nicht jede autoritäre Herrschaft ist totalitär.

Militärregime schließlich sind autoritäre Herrschaftssysteme, in denen eine Gruppe von Offizieren entweder selbst politische Entscheidungen trifft oder beeinflusst, wer sie trifft und wie sie getroffen werden. Beispiele sind Algerien seit 1992, Argentinien in vier Phasen zwischen

1943 und 1983, Brasilien von 1964–1985, Guatemala von 1970–1985, Uruguay von 1973–1984, Nigeria von 1966–1979 und von 1983–1993, Südkorea von 1961–1987 und die Türkei von 1980–1983.¹⁹ Dass die Abnahme von Militärregimen seit dem Ende des Kalten Krieges und dem entsprechend abnehmenden Interesse der sogenannten Supermächte USA und Sowjetunion, ihren Machtbereich durch militärisch geführte Klientelstaaten zu sichern, indes keine stabile Tendenz ist, zeigt der Fall Ägyptens, das seit dem Sturz der Monarchie im Jahr 1953 vom Militär kontrolliert wurde, bis der Umsturz im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 für ein Jahr zwischen den Sommern 2012 und 2013 eine demokratisch gewählte Regierung hervorbrachte, die jedoch von Islamisten bestimmt wurde, weshalb das Militär unter wohlwollender Anteilnahme des Westens die Macht zurückerobert hat und der Feldmarschall as-Sisi seit 2014 als ägyptischer Präsident regiert. Die Logik, auf solche Weise vermeintlich Schlimmeres zu verhüten, ist von Eric A. Nordlinger bereits früh als Motiv von Militärregimen beschrieben und von Matthias Hansl im *Kursbuch* zur Erklärung der ägyptischen Entwicklung genutzt worden.²⁰

Diese vier unterschiedlichen Typen autoritärer Herrschaft eint eine Trias von Legitimationsstrategien, die in Einheit, Sinn und Stärke besteht. Dabei wird die wahlweise ethnisch als Volk, sozial als Klasse oder religiös als Glaubensrichtung propagierte Einheit der Gemeinschaft ihr sowohl versprochen als auch abverlangt. Auf diese Weise wird individuelle Identität infrage gestellt und insbesondere in Führer- und Einparteienregimen durch das Alternativangebot konstruierter kollektiver Identität ersetzt. Dazu passt, dass Sinnstiftung vornehmlich durch die Behauptung von Auserwähltheit und geschichtlichem Auftrag beziehungsweise durch die Überwindung von Benachteiligung und moralischer Dekadenz versucht wird. Das zeigt sich heutzutage als Stilisierung eigener Kultur und Religion zum Bollwerk gegen angebliche moralische Verkommenheit des Westens, wie sie von islamistischer Seite und von Putins teils russisch-orthodoxer und teils nationalistischer Propaganda erstaunlich gleichlautend vorgenommen

wird,²¹ was wiederum eine Parallele zu Trumps Kulturkampf gegen *wokeness* ist.²² In diesen Ideologien verbindet sich zudem jeweils die Opferrolle, durch andere Nationen entwürdigt zu werden, wie Putin es empfindet,²³ oder »abgezockt« zu werden, wie Trump es ausdrückt,²⁴ mit der von der Opfer- in die Täterrolle wechselnden, ebenso obsessiven wie aggressiven Wiederherstellung früherer Größe,²⁵ sei es durch den Überfall auf die Ukraine, sei es durch Trumps Ambition *Make America Great Again*.

Und hierin liegt schließlich die Verbindung zu dem dritten autoritären Legitimationselement der Stärke. Denn die beschworene Bedrohung ermöglicht es, sich zum Retter aufzuspielen. Diese für autoritäre Regime typische Strategie²⁶ reicht von der populistischen Täuschung, den wirtschaftlichen Profit für wenige als Gesamtnutzen zu tarnen, wenn beispielsweise die Globalisierung als Vorwand für Trumps protektionistische Zoll- und Handelspolitik dient, bis hin zur perfiden Vorgehensweise des syrischen Diktators Baschar al-Assad, Bürgerkrieg zu schüren, um sich als friedenssichernder »Leviathan des eigenen Naturzustands« darstellen zu können.²⁷ In allen solchen Instrumentalisierungen von Angst und Unsicherheit zeigen sich Elemente des von Carl Schmitt propagierten Denkens im Freund-Feind-Schema, das Trump in seiner antidemokratischen Extremform vertritt, wenn er warnt, die schlimmsten Personen seien die inneren Feinde,²⁸ was auch ein Licht auf seinen bereits in seiner ersten Amtszeit geäußerten, ebenso wenig mit demokratischem Denken vereinbaren Satz wirft, die Autorität des US-Präsidenten sei »total«.²⁹

Doch warum finden solche Äußerungen und Einstellungen mehrheitliche Zustimmung?

Fatale Attraktivität

Nach allen geschichtlichen Erfahrungen mit ihr ist die autokratische Herrschaft eine *Zombie-Idee*, die immer wieder desaströs gescheitert und trotzdem untot ist,³⁰ ebenso wie der Irrtum, es gebe irgendeinen Bereich, etwa Pandemiebekämpfung oder Ökologie, in dem solche Regime effizienter wären.³¹ So lässt sich angesichts der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts nicht mehr bezweifeln, dass der Grund für das erneute Auftreten autoritärer Herrschaft einfach deren Attraktivität ist.³² Die Bereitschaft, autoritären Führungsfiguren wider besseres Wissen zu vertrauen und ihnen zu demokratischen Mehrheiten zu verhelphen, scheint gerade in komplizierten Situationen zu steigen. Und anders als im 20. Jahrhundert zeigen sich die Feinde der Demokraten nicht offen als solche, sondern behaupten, die Demokratie zu bewahren.³³

Darauf kann man einerseits seine Hoffnung richten, denn es zeigt, dass die Demokratie für die meisten Menschen einen so großen Wert hat, dass ihre Feinde ihre Absichten verschleiern müssen. Andererseits aber wäre ein Erfolg dieser Verschleierungsstrategie umso fataler, wie einst unter Augustus. Und auch die Widerstandsfähigkeit der Demokratie hat ihre Dialektik, denn je größer sie ist, desto größer ist auch der Ansporn der Antidemokraten, die Sicherungen freiheitlicher Demokraten gegen extremistische Bedrohungen außer Kraft zu setzen und das Risiko, nach demokratischem Machterwerb wieder abgewählt zu werden, auszuschließen. Demnach handelt es sich um einen Wettlauf um den schnelleren Lerneffekt: Lernen eher die Wahlberechtigten, welche Kandidaten eine Gefahr für ihre Demokratie darstellen, oder lernen zuvor die autoritären Kandidaten, wie sie die Wahlberechtigten populistisch manipulieren, die demokratischen Institutionen untergraben und den freiheitlichen Verfassungsstaat umbauen können?

So bleibt das Ausschlagen des politischen Pendels zwischen freiheitlicher und autoritärer Herrschaft eine der größten Herausforderungen der Menschheit.

Anmerkungen

- 1 <https://www.au.org/the-latest/church-and-state/articles/tv-preacher-paula-white-says-opposition-to/>, <https://x.com/rpsagainstrump/status/1888106904137699827?s=48&t=gYmo-hPH0g6lnPWnICWXEg>
- 2 Samuel P. Huntington: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman, OK/London 1993.
- 3 Anna Lührmann, Staffan I. Lindberg: »A third wave of autocratization is here: what is new about it?«, in: *Democratization* 26 (2019), S. 1095–1113, hier S. 1103; Felix Wiebrecht et al.: »State of the world 2022: defiance in the face of autocratization«, in: *Democratization* 30 (2023), 769–793.
- 4 Adam Przeworski: *Krisen der Demokratie*. Berlin 2020, S. 14 f.
- 5 Karl Loewenstein: »Militant Democracy and Fundamental Rights II«, in: *American Political Science Review* 31 (1937), S. 638–658, hier S. 657 f.
- 6 Jan-Werner Müller: »Demokratie für Verlierer«, in: *Merkur* 863 (2021), S. 5–17, hier 5.
- 7 Jan-Werner Müller: »Das Versprechen der Demokratie ist nicht totale Harmonie«, in: *Deutschlandfunk Kultur* vom 19.06.2021, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/politologe-jan-werner-mueller-das-versprechen-der-100.html>
- 8 Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. Berlin 1996, S. 41.
- 9 Stephen Holmes, Cass Sunstein: *The Cost of Rights. Why Liberty Depends on Taxes*. New York 1999.
- 10 H. E. Chehabi, Juan J. Linz: »A Theory of Sultanism 1: A Type of Nondemocratic Rule«, in: dies. (Hg.): *Sultanistic Regimes*. Baltimore/London 1998, S. 3–25, hier S. 7.
- 11 Natasha M. Ezrow, Erica Frantz: *Dictators and Dictatorships. Understanding Authoritarian Regimes and Their Leaders*. New York/London 2011, S. 21 f., S. 194 ff.
- 12 Giovanni Amendola: »Maggioranza e minoranza«, in: ders.: *La democrazia italiana contro il fascismo, 1922–1924*. Mailand 1960, S. 102–106.
- 13 Samuel Decalo: *Psychoses of Power. African Personal Dictatorships*. Boulder/London 1989, 186 f.; Robert H. Jackson, Carl G. Rosberg: *Personal Rule in Black Africa. Prince, Autocrat, Prophet, Tyrant*. Berkeley etc. 1982, S. 19.
- 14 Carl Schmitt: *Der Hüter der Verfassung*. Berlin 1996, S. 78 ff.; Carl Schmitt: »Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat (1937)«, in: ders.: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939*. Berlin 2014, S. 235–239.
- 15 Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski: *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart etc. 1957.
- 16 Curzio Malaparte: *Die Haut*. Frankfurt am Main 2012, S. 251.
- 17 Thomas Hobbes: *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hg. v. Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1991, S. 340.
- 18 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt am Main 1955, S. 814 ff.
- 19 Ezrow, Frantz, a. a. O. (Anm. 11), S. 20, S. 171.
- 20 Eric A. Nordlinger: *Soldiers in Politics. Military Coups and Governments*. Englewood Cliffs, NJ 1977, 8; Matthias Hansl: »Falsch gewählt. Nach der Arabellion«, in: *Kursbuch 174: Richtig wählen*. Hamburg 2013, S. 37–53.
- 21 Sayyid Qutb: »The Ideological Bankruptcy of Europe and the Future Prospects of Islam«, in: *The Voice of Islam. A Monthly Magazine Devoted to the Promotion of True Human Progress* XI (1963), S. 5–16, S. 65–77; »Vladimir Putin says liberalism has ›become obsolete‹«, in: *Financial Times* vom 27.06.2019, <https://www.ft.com/content/670039ec-98f3-11e9-9573-ee5cbb98ed36>
- 22 David Smith: »Wrecking ball: Trump's war on ›woke‹ marks US society's plunge into ›dark times‹«, in: *Guardian* vom 02.02.2025, <https://www.theguardian.com/us-news/2025/feb/02/trump-woke-dei-culture-wars>
- 23 Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der 43. Münchner »Sicherheitskonferenz« im Jahr 2007, <https://www.infospirer.ch/wp-content/uploads/2017/02/Putin-Muenchen-Rede-2007.pdf>
- 24 »We're being ripped off by every country in the world, including our so-called friends.« Speech: Donald Trump Holds a Campaign Rally in Lititz, Pennsylvania«, in: *Rollcall* vom 03.11.2024, <https://rollcall.com/factbase/trump/transcript/donald-trump-speech-campaign-rally-lititz-pennsylvania-november-3-2024/>
- 25 Livia Gerster, Friederike Haupt: »Warum ist Merkel an Putin gescheitert?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.06.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/warum-angela-merkel-an-wladimir-putin-gescheitert-ist-18109798.html>
- 26 Stanley Feldman, Karen Stenner: »Perceived Threat and Authoritarianism«, in: *Political Psychology* 18 (1997), S. 741–770, hier S. 765 f.
- 27 Sascha Ruppert-Karakaş: *Die Politik des Antagonismus: Zur Dynamik autoritärer Lebenswelt in Assads Syrien*. Berlin 2024, S. 31.
- 28 »The worst people are the enemies from within«. Trump sparks outrage after calling for army to handle enemies on election day. Democrats condemn ex-president for saying armed forces should turn against ›enemy within‹ when voters go to polls«, in: *Guardian* vom 14.10.2024, <https://www.theguardian.com/us-news/2024/oct/14/trump-military-enemy-within-armed-forces-election-day>
- 29 »When somebody is the president of the United States, the authority is total. And that's the way it's got to be. It's total. It's total.« Trump claims ›total authority‹ over state decisions«, in: *Politico* vom 13.04.2020, <https://www.politico.com/states/new-york/albany/story/2020/04/13/trump-claims-total-authority-over-state-decisions-1275506>
- 30 Brainard Guy Peters, Maximilian Lennart Nagel: *Zombie Ideas. Why Failed Policy Ideas Persist*. Cambridge etc. 2020.
- 31 Manfred G. Schmidt: »Covid-19-Todesfälle in Demokratien und Autokratien. Eine Bilanz nach zwei Jahren Corona-Pandemie«, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 71 (2022), S. 299–310; V-Dem Institute: *Policy Brief*, No. #31, 11 May 2021, 1.
- 32 Ronald Wintrobe: *The Political Economy of Dictatorship*. Cambridge etc. 1998, S. 350.
- 33 »Ich bin derjenige, der die Demokratie bewahrt«, sagt Donald Trump«, in: *Welt* vom 19.07.2024, <https://www.welt.de/politik/ausland/us-wahl/video252599272/Parteitag-der-Republikaner-Ich-bin-derjenige-der-die-Demokratie-bewahrt-sagt-Donald-Trump.html>